



**Klaus Uwe Benneter**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Justitiar der SPD-Bundestagsfraktion

Klaus Uwe Benneter, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030-227.77174  
Fax: 030-227.76174  
Email:  
klaus-uwe.benneter@bundestag.de

Schildhornstraße 91  
12163 Berlin-Steglitz  
Tel: 030-818.20.878  
Fax: 030-818.20.460  
Email:  
benneter@benneter.de

MdB/ze

Berlin, 21. Dezember 2006

## **Aktion Volksabstimmung**

Sehr geehrter

Sie haben mich sehr freundlich aufgefordert, Ihnen auf Ihre Postkarte in Sachen Volksentscheid zu antworten. Das will ich gerne tun.

Die SPD ist für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene. So steht es in unserem Grundsatzprogramm. Wir haben auch verschiedene Anläufe unternommen, um diesen Programmpunkt umzusetzen, zuletzt in der rot-grünen Koalition. Der Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid fand 2002 im Bundestag zwar die Mehrheit, aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. In der letzten Wahlperiode hat die Unionsseite Gespräche über einen entsprechenden Arbeitsentwurf abgelehnt.

Aktuell ist im Koalitionsvertrag der großen Koalition unter der Überschrift "Bürgergesellschaft stärken" vereinbart, dass die "Einführung von Elementen der direkten Demokratie" geprüft werden soll.

Das ist eine recht schwache Ankündigung und ich bin skeptisch, ob wir aus dem Prüfungsstadium herauskommen werden. Das ist voraussichtlich nur dann möglich,



Klaus Uwe Benneter  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Justitiar der SPD-Bundestagsfraktion

wenn wir den Volksentscheid mit weiteren Grundgesetzänderungen verknüpfen, an denen auch unser Koalitionspartner Interesse hat. Im Gespräch ist hier etwa die Verlängerung der Wahlperiode oder auch die Einführung eines Selbstauflösungsrechts des Bundestages, beides sensible Punkte. Ich weiß daher nicht, ob es gelingen wird, ein vertretbares Gesamtpaket zu schnüren.

Falls es dazu kommt, halte ich angemessene und eher hohe Zustimmungsquoren für wichtig. Gesetze können in Rechte der Bürger eingreifen. Ich möchte nicht, dass sie im Volksentscheid ohne ausreichende Bürgerbeteiligung mit der Mehrheit der Abstimmenden - letztlich von einer kleinen Minderheit - beschlossen werden können.

Falls es zu den angedachten Grundgesetzänderungen in dieser Wahlperiode (noch) nicht kommen sollte, geht die Welt aber auch nicht unter. Das repräsentativ-parlamentarische System des Grundgesetzes hat sich in vielen Jahrzehnten bewährt. Ich befürworte die Ergänzung dieses Systems durch Elemente direkter Demokratie. Aber ich meine, dass auch heute schon alle wichtigen, mehrheitsfähigen Anliegen der Bürger durch das Parlament aufgegriffen werden.

Schließlich haben Sie für diesen letzten Fall Wahlenthaltung angekündigt. Die staatstragenden Bemerkungen hierzu erspare ich mir. Sie wissen, was ich davon halte.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Uwe Benneter, MdB